

Köllner, Lutz

Article — Digitized Version

Neue Formen monetärer Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Köllner, Lutz (1964) : Neue Formen monetärer Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 44, Iss. 6, pp. 256-260

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133402>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

sollen. Doch ungeachtet aller Gesetzesbestimmungen und allen Wettbewerbs halten die Chinesen ihre Stellung einfach darum, weil sie in der Führung von Geschäften so viel tüchtiger als die anderen sind. Daß die Regierungen für die einheimische Bevölkerung einen größeren Anteil an der Wirtschaft des Landes erstreben, ist verständlich und muß auch so sein. Es steht ihnen deshalb das Recht zu, eine entsprechende Gesetzgebung zu verfolgen. Vorausgesetzt allerdings, daß sich das Gesetz nicht so hart auswirkt, daß es die Chinesen ihres Lebensunterhaltes beraubt, bevor sie Gelegenheit haben, sich nach einem anderen umzusehen. Dabei bleibt freilich noch die Frage offen, wie weit die Entfernung der Chinesen aus dem Wirtschaftsleben für das Gedeihen des Landes nützlich ist.

Mit dem aufkommenden Nationalismus hat sich zwischen Chinesen und ihren Wirtsvölkern eine Mauer aufgerichtet, die allein schon durch das Verhalten der Regierungen von Peking bzw. Taipeh in der Frage der Doppelstaatsangehörigkeit³⁾ stetig höher werden

³⁾ Während Taipeh die Auslandschinesen als chinesische Staatsangehörige betrachtet, empfiehlt Peking den Überseechinesen die Annahme der Staatsangehörigkeit des betreffenden Gastlandes.

mußte. Kein Wunder, daß die Regierungen der meisten Länder Südostasiens heute in den chinesischen Gemeinden einen Staat im Staate erblicken, den sie fürchten zu müssen glauben. Solche Entwicklung ist sowohl für die Chinesen wie auch für die Länder, in denen sie leben, ein Unglück. Sie erschwert die Assimilierung, wenn sie sie nicht ganz vereitelt, und, da auch der einheimische Nationalismus dauernd steigt, läßt sie die Chinesen beim Mutterlande Schutz suchen.

In einer Zeit, in der nicht nur die Länder Südostasiens unter großen Unruhen sich neuen, wenn auch undeutlich abgesteckten Zielen, die ihnen eine angemessene staatliche Ordnung bringen sollen, zuwenden, sondern in der auch in China alle Dinge in Fluß sind, stehen die chinesischen Gemeinden des Nanyang vor großen Prüfungen. Die tiefgreifende Wandlung in der alten Heimat, die gegenwärtig dort vor sich geht, strahlt notwendigerweise auch auf die Chinesen in Südostasien aus. Wie sie sich in die Gegebenheiten der Lage einfügen und welche Möglichkeiten man ihnen zur Einfügung läßt, wird nicht nur für sie zum Schicksal, sondern auch für die Völker, unter denen sie leben.

Neue Formen monetärer Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern

Dr. Lutz Köllner, Münster

Monetäre Fragen wurden bisher im Zusammenhang mit dem ökonomischen und sozialen Fortschritt in überseeischen Entwicklungsregionen fast ausschließlich vom Standpunkt der Entwicklungs- und Kapitalhilfe der älteren Industrienationen erörtert. Ohne Zweifel bedeutet der Kapitalexport in die Entwicklungsländer für die internationalen Kapital- und Finanzierungsmärkte quantitativ und qualitativ ebensoviel wie für die Entwicklungsgebiete selbst. Ein bedeutsamer Teil des wirtschaftswissenschaftlichen und des wirtschaftspublizistischen Schrifttums widmet sich daher auch in allen Einzelheiten diesen Fragen, und die nationalökonomische Forschung hat zu dem Problemkreis der sich wandelnden Formen des internationalen Kapitaltransfers in den vergangenen zehn Jahren erhebliche und wegweisende Beiträge geliefert.

Das sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es neben den kapitalexport- bzw. kapitalimportpolitischen Fragen im Rahmen der Entwicklungshilfe noch eine ganze Reihe anderer grundlegender währungspolitischer Zusammenhänge zwischen den alten und den sich neu bildenden Industriestaaten gibt, die bisher nur sehr stiefmütterlich behandelt wurden. Vor allen Dingen wurden die vielfältigen, für das wirtschaftliche Wachstum überaus wichtigen Zusammenhänge zwischen Kapitalhilfe und Währungspolitik der Entwicklungsländer nicht hinreichend beachtet.

Die Vernachlässigung dieser Fragen hat verschiedene Gründe. Ihnen nachzugehen, ist vor allem deshalb interessant, weil vermutet werden kann, daß bei einer besseren Abstimmung zwischen den Verhältnissen und Bedingungen, unter denen Kapital in die Entwicklungsregionen eingeführt wird, und den Maßnahmen der Währungspolitik die künftige wirtschaftliche Entwicklung schneller vorangetrieben werden kann.¹⁾ Die Frage der Rangordnung und Abstimmung einzelner wirtschaftspolitischer Ziele und Verfahren für die älteren Industriestaaten ist seit langem Gegenstand wirtschaftstheoretischer Forschung und wirtschaftstherapeutischer Arbeit, und es ist nicht einzusehen, weshalb diese Probleme für die Entwicklungsländer von geringerer Bedeutung sein sollen.²⁾

Der Hauptgrund, weshalb es bisher keine den Erörterungen über die allgemeinen Fragen der Entwicklungshilfe vergleichbare Diskussion über die Zusammenhänge zwischen Kapitalimport und Währungspolitik der Entwicklungsländer gab, ist, daß viele Entwick-

¹⁾ Wilfried Guth: „Der Kapitalexport in unterentwickelte Gebiete“, Basel-Tübingen 1957. Lutz Köllner: „Die Inflationsgefahr in Entwicklungsländern als Problem der Währungs- und Finanzpolitik“, Baden-Baden 1963, und: „Grundfragen der Finanzpolitik in Entwicklungsländern“, in: Schmollers Jahrbuch Bd. 83/2, Berlin 1963.

²⁾ E. M. Bernstein und I. G. Patel: „Inflation in relation to economic development“, in: Staff Papers des Internationalen Währungsfonds, Washington 1951/52. Rudolf Meimberg und Harald Jürgensen: „Probleme der Finanzierung von Investitionen in Entwicklungsländern“, Berlin 1959. G. L. o v a s y: „Inflation and Exports in Primary Producing Countries“, in: International Monetary and Staff Papers, März 1962.

lungsregionen über keine autonomen währungspolitischen Chancen im Sinne der Vielfalt der Möglichkeiten in der altindustrialisierten Welt verfügten. Diese Tatsache kann indessen in Anbetracht der Relevanz des Problems nicht als hinreichender Grund gelten, die aufgezeigten Zusammenhänge nicht zur Kenntnis zu nehmen. Freilich muß man bei ihrer Erörterung bereit sein, sine ira et studio und mit einem gewissen Mut zur Unpopularität die tatsächlichen Gegebenheiten zu durchdenken. Dabei sollte man berücksichtigen, daß die Phasen emotionellen Aufbegehrens gegen Formen der Zusammenarbeit, die die Bevölkerung und die Regierungen der Entwicklungsländer an überwundene oder überwunden geglaubte Vorstellungen vom Kolonialismus erinnern, zeitlich begrenzt sind und daß es keinen Grund für die Annahme gibt, daß nach einer gewissen Zeit und nach Sammlung hinreichender Erfahrungen rationale wirtschafts- und währungspolitische Lösungen jedenfalls brüsk und unkontrollierten Verhaltensweisen gegenüber den Hauptgläubigern in der altindustrialisierten Welt weichen werden. Der kapitalistische Prozeß selbst, in welches Gewand er sich auch kleiden mag, ist es, der eine zunehmende Rationalität aller wirtschaftspolitischen Entscheidungen erzwingt und der dafür sorgt, daß neue Möglichkeiten monetärer Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern wahrscheinlich schon in naher Zukunft öffentlich diskutiert werden.³⁾

Nach den Erfahrungen, die die USA mit ihrem Punkt-Vier-Programm sowie ihrem jährlichen Auslandshilfegesetz gesammelt haben, konnten die europäischen Länder, die Kapital in die Entwicklungsländer exportierten — unter ihnen seit fünf Jahren auch die Bundesrepublik —, verschiedene neue Vorschläge für Form und Inhalt von monetären Leistungen in die Entwicklungsgebiete machen und auch erfolgreich durchsetzen. Hierzu gehören neben den direkten Investitionen die Überlassung von Patent- und Lizenzrechten, die anteilige Finanzierung großer Unternehmen in den Entwicklungsländern, zeitlich gestaffelte Kredite, verschiedene Formen der zusätzlichen Kreditsicherung und Bürgschaft, Finanzierungen über internationale Institutionen und anderes mehr.

Alle diese Formen internationaler monetärer Zusammenarbeit sind eine unmittelbare Folge der Tatsache, daß Risikokapital in der Welt sehr selten geworden ist, ferner eine Folge der Währungsunsicherheit und der schwindenden Bedeutung der einst klassischen Form des internationalen Kredites in Gestalt der internationalen Anleihe mit allen nur denkbaren Sicherheiten für die Gläubiger. Die internationale Finanzierungspraxis hat sich auf imponderable nationale und nationalistische Störungsfaktoren bei der Abwicklung des zwischenstaatlichen Kreditgeschäftes gerade im Verkehr mit den Entwicklungsländern eingestellt und manche neue, früheren Jahrzehnten gänzlich unbekannte Finanzierungstechnik entworfen und prakti-

ziert, die den schwierigen und schwankenden wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen in den Entwicklungsregionen Rechnung trägt. Diese Dinge sind oft genug dargestellt, kritisiert, bedauert oder empfohlen worden, als daß sie an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich erwähnt werden müßten. Sicher ist, daß das zwischenstaatliche Kreditgeschäft, gleich, ob es über die Regierungen, die beteiligten Notenbanken oder die hierfür zuständigen Spezialbanken abgewickelt wird, eine Antwort auf die Unsicherheits- und Störungsfaktoren darstellt, die die Entwicklungsländer mit ihrem industriellen und gesellschaftlichen Aufbruch in die traditionelle weltwirtschaftliche Ordnung hineingetragen haben.

Sicherlich ist bisher viel Scharfsinn und Überlegung darauf verwandt worden, den Entwicklungsländern Kredite zu gewähren, deren Höhe, Laufzeit, Verwendung und Amortisation sowohl den Verhältnissen der Zahlungsbilanz der Empfänger als auch der Geberländer entgegenkommen. Den Anfang dieser neuen, zahlungsbilanzpolitisch orientierten internationalen Kreditierung bildete bereits das amerikanische Pacht- und Leihgesetz aus dem zweiten Weltkrieg, das nach den Erfahrungen aus der Weltwirtschaftskrise und den ihr folgenden Jahren der großen weltweiten wirtschaftlichen Desintegration zwischen den Welthandelspartnern von vornherein vorsah, daß ausländischen Schuldner gewährte Kredite nur in einem Umfange und zu einem Zeitpunkt an die USA zurückgezahlt werden durften, der für die innere konjunkturelle wirtschaftliche Situation der Vereinigten Staaten risikolos und störungsfrei ist. Hierin könnte man die ersten Ansätze einer Politik der internationalen Abstimmung der Konjunkturen erblicken, wenn auch das Hauptinteresse zunächst noch bei den Vereinigten Staaten lag. Ganz ähnlich ist aber unter den heutigen Umständen auch eine internationale Kreditgewährung möglich, die das Interesse der Empfängerländer in den Mittelpunkt rückt.

Viel weniger deutlich und mit nur ganz geringem Erfolg wurden dagegen bisher die Fragen und Zusammenhänge erörtert, die zwischen der Entwicklung des Geldwertes und dem volkswirtschaftlichen Nutzen eines Kredites sowie der Schuldenfähigkeit der Entwicklungsländer bestehen. Etwas sarkastisch könnte man hier von einer Korrelation zwischen Inflations-tempo und Schuldendienst sprechen. Indessen darf trotz aller inflationären Tendenzen in den meisten Entwicklungsländern auch der Fall der Deflation oder doch deflationärer Tendenzen nicht vernachlässigt werden, da bei sinkenden Rohstoffpreisen für auch heute noch monokulturelle Volkswirtschaften Deflationsgefahren vorhanden sind, vor allem dann, wenn man berücksichtigt, daß es in vielen Entwicklungsländern nur bescheidene institutionelle Rahmen der Währungspolitik gibt und die noch jungen und wenig erfahrenen Notenbanken und Geschäftsbanken nur über wenige und meist kaum durchschlagende währungspolitische Instrumente zur Steuerung der volkswirtschaftlichen Geld- und Kreditmenge verfügen.⁴⁾

³⁾ J. v. Spindler: „Das wirtschaftliche Wachstum der Entwicklungsländer“, Stuttgart 1963. Vereinte Nationen: „Scope and Structure of Money Economics in Tropical Africa“, New York 1955 und ebenfalls Vereinte Nationen: „Methods of Financing Economic Development in Underdeveloped Countries“, New York 1949.

⁴⁾ Lutz Köllner: „Banken in Entwicklungsländern“, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Frankfurt/M. 1962/63.

Eine Reihe von Entwicklungsländern wurde auf den jährlichen Tagungen der Bretton-Woods-Institute verschiedenlich auf die Gefahren ihrer inflationsfreudigen Währungs- und Entwicklungspolitik hingewiesen, die sie angesichts ihrer hohen Auslandsverschuldung trieben. Auch hat vor allem die amerikanische Auslandshilfe-Administration gegenüber notorischen inflationsanfälligen und inflationsbereiten Ländern in den letzten Jahren eine sehr zurückhaltende Kreditpolitik betrieben. Indessen fehlte es bisher an kompetenten Institutionen, die maßgeblich und erfolgreich eine Verbindung zwischen der Entwicklungshilfe und der inneren, auf Währungsstabilität bedachten Notenbankpolitik der Empfängerländer herstellen konnten.

Die Grundschwierigkeiten, denen sich derartige künftige Institutionen naturgemäß gegenübersehen, liegen einmal in der neuerrungenen Währungsautonomie vieler Entwicklungsländer, die diese mit nationalistischem Eifer verteidigen, und zum anderen in der auch von wirtschaftstheoretischer und wirtschaftsempirischer Seite wiederholt aufgestellten und vertretenen Behauptung eines inneren Zusammenhanges zwischen Inflation und wirtschaftlichem Wachstum. Natürlich bedeutet die These, daß ein leichtes Inflationsfieber die jährlichen Zuwachsraten des Sozialprodukts steigern könne (die die Entwicklungsländer aus Bequemlichkeit, mangelnden Möglichkeiten und auf Grund der unkontrollierbaren Vielzahl ihrer spezifischen Inflationsquellen gerade zu Beginn ihrer wirtschaftlichen Entfaltung gern aufgreifen), daß die Gläubiger der Entwicklungshilfe, ganz gleich in welcher Form und unter welchen Bedingungen sie sie gewähren, auf die Dauer entwertetes Geld für ihre Hilfeleistungen zurückhalten, was unter der Annahme eines in den alten Industriestaaten geringeren Inflationstempoes einen gesamtwirtschaftlichen Wertverlust bedeutet, sofern nicht Wertsicherungsklauseln vereinbart worden sind.

Für die Zukunft könnte man sich bei Anerkennung aller nationalistischen und emotionellen Hemmungen folgende drei Formen einer währungspolitischen Kooperation zwischen den Gläubigern und Schuldner vorstellen, wobei als gemeinsame Ziele die Währungsstabilität in beiden Ländern bzw. Ländergruppen eine langfristige Stimulation des internationalen Handels sowie ein tendenzieller Ausgleich der Zahlungsbilanzen gelten können.

Währungspolitische Kooperation durch Währungs-Union . . .

Für die Länder des Nicht-Dollarraumes empfiehlt sich zunächst die Aufrechterhaltung oder Neubildung einer Währungs-Union, wie sie zwischen den Kolonialmutterländern Frankreich und England mit einzelnen überseeischen Regionen ohnehin bis vor kurzer Zeit und zum Teil noch heute besteht. Eine einheitliche Währungsverfassung mit verschiedenen „Außen-Pfunden“ und „Außen-Francs“ ist zwar noch keine Garantie für eine, die genannten Bedingungen und Zielsetzungen erfüllende Kredithilfe und Währungspolitik der Entwicklungsländer, aber sie ist ein wesentlicher Baustein für eine ersprißliche Zusammenarbeit.

Die psychologische Haltung weiter Bevölkerungskreise und der jungen Regierungen zu derartigen Währungs-Unionen sind ambivalent. Einerseits sehen sie in den Währungseinheiten und Währungsbezeichnungen ihrer Hauptgläubigerländer wahrscheinlich eine neue Form kolonialer Abhängigkeit, andererseits sind ihnen die fremden Währungseinheiten und Rechenmaße durchaus bekannt und geläufig, was für den Geschäftsverkehr und die Ausbreitung monetärer Gewohnheiten sehr wesentlich ist. Über eine Steuerung der Geld- und Kreditmenge durch die Hauptgläubigerländer könnten diese einen dämpfenden Einfluß auf die Inflationspolitik der Empfängerstaaten nehmen.

Eine gleichsam harmlosere Abwandlung dieses Systems stellt die Währungs- und Münz-Union innerhalb einer Gruppe von Entwicklungsländern eines geographischen Raumes und mit annähernd vergleichbaren Wachstumsphasen dar. In diesem Falle wären weit weniger psychologische Schwierigkeiten bei den Entwicklungsländern zu befürchten, die Effizienz derartiger Währungszusammenschlüsse der Schuldner wäre aber wahrscheinlich auch wesentlich geringer. Immerhin kann man sich durchaus eine enge und gegenseitig fruchtbare Beratung in allen währungspolitischen Fragen zwischen aufgeschlossenen Regierungen der jungen Staaten vorstellen, wobei man freilich an die verhältnismäßig geringe währungspolitische Erfahrung ebenso denken muß wie an die nur beschränkten Auswirkungen auf den Handel zwischen den an der Peripherie der Weltwirtschaft gelegenen Entwicklungsregionen. In jedem Falle aber stellt die Währungs-Union nur eine Vorstufe einer bewußten und betonten Währungspolitik der Entwicklungsländer dar, bei der die der Union angeschlossenen Länder aber jedenfalls zu erhöhter Verantwortung und Publizität ihrer währungspolitischen Maßnahmen aufgefordert würden.

. . . Einflußnahme auf die personelle Leitung der Notenbanken . . .

Mit der Währungs-Union kann ein unmittelbarer Einfluß der Hauptgläubigerstaaten auf die personelle Leitung der Notenbanken in den Entwicklungsländern verbunden werden. Hier sind gewiß die zu erwartenden Widerstände der Entwicklungsländer besonders groß. Natürlich gibt es viele Situationen, in denen die Gläubiger die Schuldner bei großen Entwicklungskrediten und parallel dazu laufenden Handels- und Zahlungsabkommen zwingen können, sie an der Notenbankleitung zu beteiligen. Aber es erscheint fraglich, ob das auch für andere Seiten der Beziehungen zwischen einem Entwicklungsland und einem oder mehreren Industriestaaten psychologisch immer gut sein wird. Der Vorwurf einer währungspolitischen Bevormundung wird die Gläubigerländer treffen, und es wird viel Geduld auf beiden Seiten erforderlich sein, um den Entwicklungsländern klarzumachen, daß es um die Stabilität ihrer Währung und ihren langfristigen Zahlungsbilanzausgleich geht und damit auch um ihr weiteres wirtschaftliches Wachstum und daß es sich

nicht um eine neue Form kolonialer Bevormundung, sondern um eine der monetären Hilfe parallellaufende währungspolitische Beratung handelt, deren ausschließliches Ziel es ist, die Entwicklungskredite auf lange Sicht volkswirtschaftlich und für die übrige Weltwirtschaft sinnvoll anzulegen und die positiven Wirkungen einer Kreditierung etwa großer Investitionsprojekte nicht durch unüberlegte, sich widersprechende währungspolitische Maßnahmen im eigenen Lande wieder zunichte zu machen.

Es muß immer wieder klargemacht werden, daß die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung, gleich in welcher äußeren Ordnungsform sie sich entfaltet, im ganzen eine Einheit darstellt, die man nicht fördert, indem man Entwicklungskredite in großen Quantitäten annimmt, sie vielleicht auch unter dem Gesichtspunkt der betriebswirtschaftlichen Rentabilität sinnvoll anlegt, aber ihre volkswirtschaftliche, Real-einkommen schaffende Wirkung vernachlässigt oder durch entgegengesetzt wirkende währungspolitische Entscheidungen ganz oder teilweise wieder auslöscht.

... und durch die Schaffung notenbankähnlicher Sonderinstitutionen

Wo eine unmittelbare Beteiligung der Gläubiger in den Notenbankleitungen der Entwicklungsländer nicht infrage kommt, weil die psychologischen Widerstände zu groß sind und dieses Verfahren von den Entwicklungsvölkern als unzumutbare und ungerechtfertigte Bevormundung durch den ökonomisch Stärkeren auf-

gefaßt wird, empfiehlt sich als dritte realistische Möglichkeit die Schaffung notenbankähnlicher Sonderinstitutionen. Diese können nun wiederum entweder neugegründet werden, oder aber ihre Funktionen könnten im Rahmen bereits bestehender internationaler Währungsabkommen, wie etwa im Rahmen des Abkommens von Bretton-Woods oder internationaler Finanzierungsinstitute wie der Weltbank, wahrgenommen werden. Im Falle der Weltbank wäre freilich eine Satzungsänderung vonnöten, und es erscheint fraglich, ob eine solche Satzungsänderung selbst innerhalb der Gruppe der Industrieländer durchsetzbar wäre. Praktikabler und sinnvoller dürften tatsächlich neu zu schaffende Sonderinstitutionen sein, deren Aufgabe es wäre, bei großen und einschneidenden währungspolitischen Maßnahmen der Entwicklungsländer wie Diskontsatzänderungen, Kreditselektionen oder administrativ angeordneten Änderungen des Zahlungsverkehrs und der Zahlungsgewohnheiten beratende Funktion auszuüben. Die schwächste Form des Eingriffs wäre auch hier wie bei anderen internationalen Vereinbarungen das negativ wirkende Veto, die stärkste Einflußnahme läge bei einer unmittelbaren Entscheidungs- und Entschlußfähigkeit der Sonderinstitute selbst. In der Praxis würde es wahrscheinlich zu Kompromissen kommen. Es steht aber zu erwarten, daß, falls man sich überhaupt zu dieser verhältnismäßig am ehesten für alle Beteiligten zumutbaren institutionellen Form der währungspolitischen Kooperation entschließen sollte, gelegentlich gute Ergebnisse im Hinblick auf die gesteckten Ziele

Ob sichtbar oder in der Wand verborgen



Häuser kann man bauen, wie man will - groß oder klein. Man kann sie mauern, aus Holz herstellen, aus Beton gießen oder aus Fertigteilen zusammensetzen. Häuser haben tausend Gesichter. Eines aber gilt für alle: Vielseitige Buderus-Erzeugnisse sind zuverlässige Helfer in jedem Haus - ob es Öfen sind, Abflußrohre, Sanitär- oder Heizungsanlagen, ob Zement oder Decken aus Spannbeton.

**BUDERUS-
QUALITÄT
FÜR JEDES
HAUS**

Eisen bleibt - Buderus gießt Qualität

Schleudergußdruckrohre · Formstücke · Abflußrohre · Kanalguß
Heizkessel · Radiatoren · Öfen · Kachelofeneinsätze · Badewannen
Sanitärguß · Industrie- und Maschinenguß · Eisenkunstguß
Zement · BETA-Stahlbeton-Schleuderrohre · Vorgespannte
Stahlbeton-Hohlplatten · Beton-Werksteinplatten

Buderus'sche Eisenwerke Wetzlar

(Drosselung des Inflationstempos, tendenzieller langfristiger Zahlungsbilanzausgleich und Ausweitung des internationalen Handels) möglich sind.

Gewiß brauchte keine der genannten währungspolitischen Kompetenzabtretungen zugunsten einer effektvollen Entwicklungshilfe für die Ewigkeit zu bestehen. Es wäre durchaus möglich, daß bei wachsender Erfahrung und wachsender Einsicht in die Zusammenhänge zwischen Inflation und wirtschaftlichem Wachstum die Kompetenzen der Sonderinstitute zugunsten einer währungspolitischen Autonomie reduziert würden. Es ist sogar zu vermuten, daß die Entwicklungsländer dieses Ziel anstreben und manches tun werden, um es durch eine einsichtige Währungspolitik auch bald zu erreichen. Andererseits sollte dieses Verfahren nicht den Eindruck und die Technik eines Bonus für währungspolitische Folgsamkeit annehmen, da dies leicht diskriminierend wirkt und die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern lähmt.

Natürlich setzt die Verwirklichung derartiger Formen der institutionellen Zusammenarbeit, wie sie hier angedeutet wurden, eine weitgehende Partnerschaft an Stelle kolonialer Bevormundung durch die älteren Industrienationen voraus. Es ist bekannt, daß viele Entwicklungsstaaten sehr schnell bereit sind, derartige Vorschläge für neue Formen der monetären Zusammenarbeit als schlecht verhüllten Neoimperialismus zu betrachten. Die sowjetische Propagandaoffensive wird das Ihrige tun, sie in derartigen verzerrten Perspektiven denken zu lassen.

Aber es braucht wohl doch kein Zweifel daran zu bestehen, daß auf die Dauer einsichtige Führer und Volkswirtschaftler in den Entwicklungsgebieten die monetäre Disziplin auch in und zwischen den altindustrialisierten Staaten als eine Tatsache anerkennen werden und einsehen lernen, daß von ihr sehr wesentlich auch ihr weiteres wirtschaftliches Wachstum abhängt. Natürlich reichen die Fragen der monetären Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern noch weiter als hier beschrieben. Neben dem Inflationstempo sind es vor allem die terms of trade, das Verhältnis von Bilateralismus zu Multilateralismus und die Wechselkursfrage, die Gläubiger und Schuldner unmittelbar berühren.

Im Interesse einer Ausweitung des internationalen Handels müßte ein paritätischer Lenkungsausschuß der Hauptgläubiger und Hauptschuldner auch dafür sorgen, daß aus zeitweisen Zahlungsbilanzschwierigkeiten von den alten Industriestaaten Entwicklungskredite nicht auf die Dauer mit bilateralen Auflagen gewährt werden. Das bedeutet, daß die hier vorgeschlagenen Gremien auch die Gläubigerländer in bestimmten Grenzen verpflichten, eine nach internationalen Gesichtspunkten ausgerichtete Entwicklungshilfe zu leisten. Man kann und sollte nicht erwarten, daß die Entwicklungshilfe der Zukunft in Verbindung mit einer strafferen institutionellen Aufsicht für die allgemeine Währungspolitik der Entwicklungsländer durch einen überdimensionalen internationalen institutionellen Apparat gesteuert werden wird. Aber die Entwicklung des internationalen Kapitalverkehrs seit dem letzten Krieg hat gezeigt, daß auf einen gewissen Umfang an Institutionalismus unter den derzeitigen schnell wechselnden und dynamischen Bedingungen auf den internationalen Kapital- und Finanzierungs Märkten nicht zu verzichten ist. Auch haben verschiedene währungsinstitutionelle Verfahren, wie etwa die frühere OEEC, die EZU, der Haager Club und natürlich das Bretton-Woods-Abkommen, gezeigt, daß sich mit Hilfe zeitlich befristeter institutioneller Vereinbarungen weitergesteckte internationale Ziele schneller erreichen lassen als durch bloßes Hoffen auf ein Inkrafttreten internationaler Währungsmechanismen.

Kein Zweifel braucht darüber zu bestehen, daß eine straffe, aber dennoch im Umfang und in den Zielen ihrer Entscheidungen elastische internationale Institution zur Harmonisierung von Kapitalhilfe und interner Währungspolitik in den Entwicklungsländern und in einzelnen Fällen durchaus in den Gläubigerländern Europas und Nordamerikas die erwünschten entwicklungspolitischen Ziele in Übersee schneller werden erreichen lassen als das heutige planlose Nebeneinander von ausgedehnter und vielfältiger Entwicklungshilfe und lediglich mahnende Appelle wenig kompetenter, wenn nicht gar inkompetenter Stellen an die währungspolitische Verantwortung der einzelnen Entwicklungsländer.

klebt nicht, fettet nicht

BS III/61



Brisk-frisiert
machen Sie den besten Eindruck